

Verantwortungs- und Einstandsgemeinschaft im SGB II

Gemeinschaften unterscheiden und Sachverhalte fundiert aufklären

Gemeinsames Wohnen wirft in der Leistungsbearbeitung wichtige Abgrenzungsfragen auf. Wann liegt eine Partnerschaft vor, wann wird gemeinsam gewirtschaftet und welche Umstände sprechen für einen wechselseitigen Einstandswillen? Das Seminar verbindet die rechtlichen Voraussetzungen mit der Sachverhaltsaufklärung und den Folgen unterschiedlicher Gemeinschaftsformen.

Ihr Nutzen

Sie ordnen Wohn- und Lebenssituationen differenziert ein, wenden die Vermutungsregel gezielter an und erkennen die Möglichkeiten und Grenzen von Mitwirkung und Amtsermittlung.

Zielgruppe

Leistungssachbearbeiterinnen und Leistungssachbearbeiter in Jobcentern und Optionskommunen, die Bedarfsgemeinschaften und partnerschaftliche Lebensverhältnisse prüfen.

Themenschwerpunkte

Partnerschaft feststellen · Voraussetzungen einer Partnerschaft und rechtliche Einordnung unterschiedlicher Lebenskonstellationen.

Wohnen und Wirtschaften beurteilen · Merkmale einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft und Abgrenzung zur bloßen Wohngemeinschaft.

Einstandswillen prüfen · Indizien für den wechselseitigen Willen, Verantwortung zu tragen und füreinander einzustehen.

Die Vermutungsregel anwenden · Bedeutung und Anwendung des § 7 Abs. 3a SGB II in der Einzelfallprüfung.

Gemeinschaftsformen unterscheiden · Bedarfs-, Haushalts- und Wohngemeinschaften; gemischte und temporäre Bedarfsgemeinschaften sowie Folgen einer Trennung bei Ehe- und Lebenspartnerschaften.

Sachverhalte aufklären · Mitwirkungspflichten sowie Möglichkeiten und Grenzen der Amtsermittlung.

Praxisbezug

Praxisbezogene Fallkonstellationen machen die Abgrenzungen greifbar. Seminarunterlagen unterstützen die spätere Anwendung in der täglichen Entscheidungsfindung.